

Gemeinsame Ausbildung für alle Lehrer in Sicht

23.04.2008 | 18:14 | THOMAS PRIOR (Die Presse)

Bis 2020 soll es ein einheitliches Dienstrecht geben: Fachausbildung an den Unis, Pädagogik an den Hochschulen. Ministerin will mit mehr Geld, Qualität und Chancengleichheit punkten.

WIEN. Ein Blick in die Sterne kann schließlich nie schaden. Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) bediente sich am Mittwoch im Pressefoyer vor dem Ministerrat des „größten Fernrohrs der Welt“. Anlass dazu bot Österreichs Beitritt zur ESO, der Europäischen Südsternwarte. Oder auch: „Der größten Astronomie-Organisation, die es gibt.“ Die Aufnahmegebühr habe „schlampige 24 Millionen Euro“ betragen, tat der Minister kund. Mitgliedsbeitrag pro Jahr: Drei Millionen Euro. „Doch die zahlen sich aus“, befand Hahn, denn die Wissenschaft habe Jahrzehnte lang darauf gewartet (siehe Wissenschaft auf Seite 40).

Der eigentliche Grund für den gemeinsamen Auftritt mit Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) war aber nicht die Milchstraße, sondern die Schulpolitik – was gewissermaßen auch mit dem Blick ins Teleskop zu tun hat: Über kurz oder eher lang soll es eine gemeinsame Ausbildung von AHS- und Pflichtschullehrern geben. Weil nämlich zwischen 2012 und 2020 die Hälfte aller Pädagogen in Pension gehen wird. In Zahlen: 60.000. Diese „Alterspyramide“ will Schmied nutzen, um die Weichen einerseits zwar „behutsam“, andererseits aber auch „mit großer Hartnäckigkeit“ neu zu stellen.

Im Speziellen geht es um die Frage, welcher Ausbildungsteil künftig an den Pädagogischen Hochschulen und welcher an den Universitäten angeboten wird. Hahn kann sich vorstellen, dass letztere den fachlichen, erstere den pädagogischen Part übernehmen. Ein Punkt, den auch ÖVP-Bildungssprecher Fritz Neugebauer für richtig, weil auf Basis des Koalitionspaktes, hält. Von einem ersten Schritt hin zu einer einheitlichen Ausbildung will der mächtige Gewerkschafter aber nicht sprechen.

Auch der Bachelor unterrichtet

Der Wissenschaftsminister schon. Er kündigte an, dass die „Bologna-Architektur“ (Bachelor-Master-System) künftig auch in der Lehrerausbildung Anwendung finden wird. Aber nicht unbedingt so, dass der Bachelor an der Pädagogischen Hochschule, der Master im Anschluss an der Universität absolviert wird. Vielmehr soll „auch ein Bachelor bereits unterrichten dürfen“, referierte Hahn. Was bei den Pflichtschullehrern jetzt schon der Fall ist.

Ob das an ein gemeinsames Gehalt für alle Lehrer gekoppelt sei? So weit in die Zukunft reichte der Minister-Blick dann doch nicht, nur so viel nahm Schmied vorweg: „Es geht zunächst einmal darum, ein einheitliches Dienstrecht für die Lehrer vorzubereiten. Und das ist ein großer Schritt.“

Der Plan ist in ein Drei-Punkte-Programm der Schulpolitik eingebettet, das die Ministerin am Mittwoch präsentierte. Nummer eins auf der Liste: „Mehr Chancengerechtigkeit“. Das bedeutet: Bildung dürfe nicht länger „vom finanziellen Status der Eltern abhängig sein“. Die Lehre solle in Richtung Berufsmatura aufgewertet, Studien- und Bildungsberatung verbessert werden. Als Basis dafür wird die Sprachförderung forciert, zunächst in der Altersgruppe der Fünfjährigen. Denn, wie Schmied meinte: „Jedes Kind, dass in Österreich zur Schule geht, muss Deutsch können.“

Zweitens soll „mehr Geld in die Klassenzimmer“ fließen. Die Steigerung der Ressourcen erachtet die Ministerin als „eine der wesentlichsten Aufgaben“ der Verwaltungsreform.

Und drittens „muss die Qualität an den Schulen steigen“. Zunächst mit der „Matura Neu“, die einheitliche Standards bringen wird – und die auch Hahn gut heißt, weil es sich dabei um eine langjährige Forderung der ÖVP handle. Einem potenziellen Missverständnis beugte der Wissenschaftsminister sicherheitshalber gleich vor: Einheitliche Matura-Standards „bedeuten nicht, dass es in weiterer Folge zu Rankings und Zugangsbeschränkungen an den Unis kommt“.

Gemeinsame Willenserklärung

Den größten Brocken der Schulreform stellt dennoch die gemeinsame Lehrerausbildung dar, deren Umsetzung jedenfalls nicht ganz so lange dauern werde, wie der Weg Österreichs in die ESO – so viel Sterndeutungs-Gefühl traut sich Hahn schon zu. Er glaube nicht, „dass wir das bis 2010 schon in der Umsetzung haben“, zumindest aber sollte es bis dorthin „zu einer gemeinsamen Willenserklärung“

gekommen sein. Immerhin, das ist mehr als eine Sternschnuppe. Meinung Seite 43

("Die Presse", Print-Ausgabe, 24.04.2008)

© DiePresse.com